

Simburger Anzeiger

Jahresamtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Unterannun, Rheingau und St. Goarshausen.

Versehungswerte: täglich (nur Besten).
Zugabe: monatlich 3.00 Mark einl. Postbestellgeld
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Gegr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Kates,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 60 Bg. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.50 Mk.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 91

Simburg, Donnerstag den 22. April 1920.

83. Jahrgang

Der Etat des Reichsfinanzministeriums.

Berlin, 20. April. (WZ.) Im Hauptausfluß der Nationalversammlung wies Reichsfinanzminister Wirth darauf hin, daß der Etat für 1920 ein reiner Übergangsetat sei, dessen jahresmäßige Veranschlagungen von der Gestaltung unserer zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig seien. Der neue Etat weist im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von 23,9 Milliarden auf, wozu noch der Zehlpfennig aus dem Reichspost und Eisenbahn von 12,9 Milliarden M. hinzukommt. Im Ordinarium stehen an laufenden Einnahmen von 23,9 Milliarden fortwährenden und einmaligen Ausgaben von 23,9 Milliarden gegenüber, jedoch ein Defizit von 2,95 Milliarden verbleibt. Aus direkten Steuern und Verkehrsabgaben steht ein Betrag von 13,8 Milliarden für 1920 zu erwarten. Weiterhin sind Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 4,1 Milliarden veranschlagt. Von dieser Summe nehmen die Zölle 2,5, die Kohlensteuer 4,5 Milliarden in Anspruch. Von den weiteren Einnahmen sind nach der Tabaksteuer und Ausfuhrabgaben mit 1,2 Milliarden die Tabaksteuer und die Eisenbahn mit 1,2 Milliarden zu rechnen. Die Ausgaben des Reiches sind in fortwährenden Ausgaben in Höhe von 23,8 Milliarden und eine einmalige ordentliche Ausgabe von 4,1 Milliarden geteilt. Nur rein ziffermäßig seien hervorgehoben u. a. die schweren Posten der Reichsschuld, ihre Verzinsung mit 12,4 Milliarden in Ansatz gebracht. An zweiter Stelle stehen Pensionen u. a. mit 3,2 Milliarden. Für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden eingestellt. Die allgemeinen Verwaltungsausgaben sind mit 6,4 Milliarden veranschlagt. Dazu treten noch einmalige Ausgaben im Rahmen des Ordinariums, so zur Verbilligung der Lebensmittel drei Milliarden. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts betragen sich auf 11,6 Milliarden, dazu sind aus dem Rechnungsjahr 1919 noch etwa 10 Milliarden verfügbar. Für Ausführung des Friedensvertrages sind 5 Milliarden ausgemessen, für Ländergeld eine Milliarde, für die Umstellung des Heeres und der Marine 2,5 Milliarden. Im außerordentlichen Haushalt stehen an zweiter Stelle die Ausgaben der Betriebsverwaltung. Sie sind für Reichspost und Eisenbahnen auf 12 Milliarden veranschlagt. Es wurde mit dieser Ziffer die Frage vorgelegt, ob sich in der Lage sei, für den finanziellen Teil des Friedensvertrages der Eisenbahnen die Verantwortung zu übernehmen. Die Frage ist nur im Zusammenhang mit dem allgemeinen Haushalt zu beantworten, wie er jetzt vorliegt. Er zeigt deutlich, daß die Übernahme solcher Defizite auf die Reichsschuld und damit die Steuererträge ummöglich ist. Das Augenmerk ist mehr als je auf neue Steuerquellen zu richten. Es treten heute die großen finanzpolitischen Überlegungen in den Vordergrund, die zu den Monopolen führen. Darüber hinaus werden in der nächsten Zukunft neue Formen der Besteuerung zu finden sein, nicht so sehr im Steuerrecht selbst als in der Verbindung des Steuerrechts mit der Wirtschaft. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an die Teilkonsolidierung der schwelenden Schuld heran treten. Sie glaubt als nächstes Mittel hierzu wieder die Sparmaßnahmen ansetzen zu können. Auch der Kredit im Ausland bedarf der sorgfältigen Betrachtung. Es steht zu erwarten, daß mit der Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die kapitalistischen Auslandsmächte geeigneter sein werden, Deutschland Kredite zu gewähren.

San Remo.

Paris, 20. April. (WZ.) Wie der Sonderbericht der Ratin meldet, steht die deutsche Frage auf der Konferenz in San Remo im Vordergrund. Lord George und Ritti hatten nach dieser Richtung Ansichten, die sich sehr nahe kommen. Eine von diesen sei, daß der Geist der Beschlüsse wieder in der Welt Geltung haben müsse, was Frankreich annehmen könne. Ihr Mittel befehle darin, Deutschland Erleichterungen in Bezug auf die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu verschaffen. Das könne Frankreich nicht annehmen, da ja jede Erleichterung auf seine Kosten gehe. — Pertinax sagt im „Echo de Paris“ aus seinem Bericht aus San Remo, daß die Entlassung Deutschlands sich erst dann vollziehen werde, wenn man Deutschland mit der Entziehung der wirtschaftlichen Unterstützung drohe. Ritti ist der Meinung, daß die Abwehrmaßnahmen, die der Völkerbund treffen, auf die deutsche Regierung einen gewissen Einfluß ausüben werde. Müllerand habe am Sonntag um eine Unterredung gebittet, und hinter den Kulissen die Verhandlungen über die deutsche Frage fortgesetzt. Ritti werde dem Obersten Rat eine wirtschaftliche Resolution vorlegen, die nach der Ansicht Pertinax eine zweite Auflage des Londoner Manifestes sei. — Der Sonderberichterstatter des „Pestl Parisien“ ist zwar nicht der Ansicht, daß aber die deutsche Frage schon ein Einverständnis erzielt sei, jedoch glaubt er, daß die Alliierten einig seien in der Notwendigkeit, Deutschland zu entlasten, und daß sogar die völlige Räumung der neutralen Zone für notwendig befunden worden sei. Allerdings gibt aus dieser Korrespondenz zu, daß, wenn man schon im Grunde einig sei, sich doch viele Meinungsverschiedenheiten zeigten, wenn man über die praktischen Fortschritte spreche.

Am 20. April. (WZ.) Die Times meldet aus San Remo: Die ersten Besprechungen der Ministerpräsidenten am Sonntag, die sich auf den Versailler Vertrag bezogen, ergaben drei verschiedene Auffassungen. Die Franzosen wollen den Vertrag voll und ganz anwenden, die Holländer sind für eine weitgehende Abänderung und Lord George will die Ausführung des Vertrages jeweils und der gegebenen Lage anpassen. Laut „Times“ handeln Lord George und Ritti in vollkommener Übereinstimmung.

Die Entente und die Rüstungsgerichte.

San Remo, 20. April. Der französische Gesandte in Berlin hat gestern Abend dem Gesandten von Haniel folgende Note überreicht: Angesichts der Gerüchte, die seit kurzem über die Möglichkeit eines neuen militärischen Staatsvertrages im Umlauf sind, haben die Regierungen von Frankreich, Belgien, Großbritannien und Italien, die jeden Versuch, die Demokratie zu stürzen, ablehnen, ihre Geschäftsträger beauftragt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß sie auf keinen Fall dulden würden, daß die deutsche Regierung an der Ausführung des Friedensvertrages verhindert würde und das jedes Zurückgehen einer revolutionären Bewegung wie eines Aufstandes nur den Erfolg haben werde, die von den alliierten Regierungen ins Auge gefassten Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Versorgung Deutschlands unmöglich zu machen.

Die französische Kammer verlangt Entwaffnung.

Paris, 20. April. (WZ.) Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag von Maurice Rappand an: „Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Nationen die absolute Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf zu verlangen, daß die durch den Versailler Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen strikte und wirksam durchgeführt werden.“ Die Kommission beauftragt ihren Präsidenten, Louis Barthou, der Regierung diesen Beschluß zu übermitteln.

Das Programm des Außenministers.

Der neue Außenminister Dr. Brüderer äußerte zu einem Redaktionsmitglied des Vorwärts über sein Programm u. a. mehr denn je sei eine klare, energiegelbe demokratische Politik im Innern die Vorbedingung für erfolgreiches Wirken nach außen. Das Ausland habe nur Vertrauen in das Deutschland der Koalition. Ebenbürtigkeit der Entente eine Rapp-Regierung gebildet hätte, ebensowenig würde sie eine Diktatur des Sozialismus gestatten. Wenn also einige Sozialdemokraten die Idee einer rein sozialistischen Regierung, die sich auf keine parlamentarische Mehrheit stützen könnte, mit ihren Grundsätzen zu verneinbaren verurteilen, müßten wir doch diesen Gedanken aus außenpolitischen Gründen zurückweisen, denn wir brauchen mehr denn je Kredit. Als eine seiner nächsten Aufgaben betrachtete der Minister möglichst baldige Durchführung der Räumung der Weimaraufstände. Dazu müsse aber auf der äußersten Rechten wie der äußersten Linken alles vermieden werden, was geeignet sei, den Schärfermachern links des Rheins neue Vorwände in die Hand zu spielen. Der Minister fuhr fort: Wir brauchen wir das Vertrauen des Auslandes. Dieses ist eine Vorbedingung für die Revision des Friedensvertrages. Ich erblicke im Versailler Friedensvertrag eine Tatsache, die wir durch unsere Unterschrift förmlich anerkannt haben. Wir müssen der Verurteilung widerstehen, im Hinblick auf gewisse darin enthaltene glatte Unmöglichkeiten eine Revisionspolitik zu verfolgen, die ihren Zweck gänzlich verfehlt. Wir müssen uns jetzt entschließen den Vertrag zu erfüllen und da, wo sich unserm Willen unüberwindbare Hindernisse entgegenstellen, müssen wir trachten, unter Vermeidung aller häufiger Protestnoten durch offene Aussprache einen Ausweg zu finden. Auf den Hinweis des Mitarbeiters des Vorwärts, daß Schiedsmann im vorigen Mittwoch in einer offenen Aussprache mit dem französischen Sozialistenführer Renaudel unter dessen lebhafter Zustimmung ähnliche Gedanken geäußert hätte, die in der Form gipfelten: Revision durch Erfüllung meinte Brüderer, so sehr er an die Zukunft der französischen Sozialisten glaube, so wenig könne man auf sie als auf einen positiven Machtfaktor in der gegenwärtigen Situation zählen. Unser Ziel müsse aber sein, die Zustimmung zu dieser Formel Schiedsmanns, die auch meine Formel ist, auch von den regierenden Faktoren in Frankreich zu erlangen. Wir müssen die Mißtrauischen unserer Gegner überzeugen, daß wir den Friedensvertrag erfüllen wollen. Wenn auch Briand von dieser unserer Absicht überzeugt sein wird, dann wird der Tag der Revision nicht mehr fern sein.

Ein Konflikt zwischen dem Landwirtschaftsminister und Frh. v. Schorlemer.

Berlin, 20. April. (WZ.) Den Blättern zufolge verlas Freiherr v. Schorlemer-Diesel in der Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrates folgendes Telegramm des preussischen Landwirtschaftsministers: Nachdem durch die Presse die Stellungnahme des derzeitigen Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates Frh. v. Schorlemer bekannt geworden ist, muß ich es ablehnen, von der Einladung zu der nunmehr auf den 20. April festgesetzten Sitzung und von eventuellen Einladungen zu weiteren Sitzungen selbst oder durch die Entsendung von Kommissaren Gebrauch zu machen. (Frh. von Schorlemer hatte in seiner Eröffnungsrede den Ernsteindruck angebrochen, wenn die Forderungen nach Abbau der Zwangswirtschaft und die Wünsche in Fragen der Organisation der Landwirtschaft, der Viehzucht usw. nicht erfüllt würden. D. Red.)

Großthüringen.

Berlin, 20. April. (WZ.) In der zweiten öffentlichen Sitzung des Reichsrates, die am Dienstag nachmittag stattfand, wurde der Gesetzentwurf über das Land Thüringen und der Gesetzentwurf über die Vereinigung Koburgs mit Bayern angenommen. Das Land Thüringen wird preu-

siße Bestandteile nicht umfassen. Sieben bisherige Kleinstaaten, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Altenburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen bilden zukünftig den Staat Thüringen, der 1.584.324 Einwohner zählt. Im Reichsrat wird dieser Staat durch zwei Stimmen vertreten sein, während bisher jeder Kleinstaat eine besondere Stimme hatte. Dadurch verkleinert sich auch die Zahl der preussischen Stimmen im Reichsrat, die nach der Verfassung nur drei Fünftel betragen dürfen. Das Gesetz über Thüringen wird voraussichtlich schon am 1. Mai in Kraft treten. Für die Angliederung Koburgs an Bayern sind noch gewisse Verhandlungen erforderlich.

Rapp.

Kopenhagen, 20. April. (WZ.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Rapp wird vorläufig in Vollstreckungshaft gehalten. Wie „Svenska Dagbladet“ erfährt, ist es nicht ausgeschlossen, daß zwischen der schwedischen und der deutschen Regierung ein Meinungsaustausch über die Möglichkeit der Auslieferung Rapps stattfinden wird.

Raubhauptmann Hölz.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Dresden aus Dresden gemeldet wird, hat Hölz bei seiner Verhaftung einen Depotchein zu verzeichnen gehabt, der auf 245.000 Mark lautete. Ferner hatte Hölz für eine halbe Million Mark Brillanten in den Kleidern eingestekt bei sich.

Wie Hölz verhaftet wurde.

Plauen, 18. April. Zu der Verhaftung des Kommunisten Hölz wird von der Polizei in Eger noch folgendes mitgeteilt: Hölz ist zweifelslos über die tschechisch-böhmische Grenze mit den gefälschten Papieren, die er sich in Klagenfurt erprobt hat, gekommen. Er wollte über Komotau und Pilsen nach Prag. In Tschelau wurde er von den dortigen tschechisch-slowakischen Soldaten und Polizisten angehalten und kontrolliert, weil er sich auffällig benahm. Nun schien ihm der Boden zu heiß geworden zu sein, er gab keine Fahrt nach Pilsen auf und löste sich eine Fahrkarte nach Marienbad. Die tschechisch-slowakische Polizei telegraphierte nun nach Marienbad, daß zwei Verdächtige mit dem Zug von Tschelau ankommen würden. In Marienbad wurde dann auch nach den beiden Verdächtigen scharf gefahndet, und schließlich wurden beide ausfindig gemacht und angehalten. Hölz verfuhr sofort eine Handgranate, die er bei sich hatte, zu werfen. Die Gendarmen machten ihr Gewehr schußfertig, und drohten Hölz mit Erschießen. Es gelang, beiden Schellen anzulegen und sie zu fesseln. Der Verdacht, daß es Hölz war, verfestigte sich dann noch, weil er eine große Summe Geld bei sich hatte. Er wurde mit seinem Kumpel sofort dem Kreisgericht in Eger zugeführt. Das Kreisgericht ist inzwischen durch Militär stark besetzt worden. Hölz hat, nachdem ihm die anderen Kommunisten gegenübergestellt waren, zugegeben, daß er der Gesuchte sei. Von Plauen aus wurde versucht, Hölz mit einem Automobil von Eger nach Plauen zu holen. Das Auto wurde aber trotz militärischen Ausweises nicht über die Grenze gelassen. Die tschechische Regierung hat sofort Schritte zur Herbeiführung der Auslieferung des Hölz nach Sachsen eingeleitet.

Gotha und das Reich.

Nach dem Berliner Lokalanzeiger hat die Gothaer Regierung das Reich wegen Verfassungsverstoßes verklagt. Sie will auf gerichtlichem Wege nachweisen, daß Gotha allem in ganzen Reich die Verfassung hochgehalten hat.

Der Abstimmungstermin in Ostpreußen.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts aus Danzig soll die Abstimmung in Ost- und Westpreußen am 27. Juni stattfinden.

Die Steuerklärungen Erzbergers.

Berlin, 21. April. Ueber das Ergebnis der Untersuchung wegen der Steuerbekundung Erzbergers wurde heute im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung Mitteilung gemacht. Der Reichsminister der Finanzen hat, wie Unterstaatssekretär Koesle ausdrücklich betonte, jede amtliche oder persönliche Einwirkung auf die vom Finanzamt in Charlottenburg geführte Untersuchung sorgfältig vermieden. Die Untersuchung war sehr eingehend. So wurden sämtliche Zeitungsartikel und alle im Erzberger-Gesetzlich-Prozess zur Sprache gekommenen Argumente dabei verwendet und von sämtlichen in Betracht kommenden Banken Kontenauszüge eingeholt. Das Ergebnis des nunmehr vorliegenden Berichtes des Finanzamts Charlottenburg ist dahin zusammenzufassen, daß der Vorwurf wesentlich falscher Steuerangaben sich nicht bestätigt hat.

Tiroler Deutschtum.

Innsbruck, 20. April. (WZ.) Die Tiroler Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, worin die Entschlossenheit erklärt wird, an dem Zusammenschluß mit anderen deutschen Stämmen im gemeinsamen Vaterlande arbeiten zu wollen, und den deutschen Brüdern jenseits des Brenners unwandelbare Treue zu halten. Die Wiedervereinigung aller Tiroler wird als oberstes Ziel erklärt. Die Volkspartei verspricht, nicht rathen zu wollen, bis der Tag gekommen sei, der das gesamte Volk Tirols zusammen mit den anderen deutschen Stämmen einer glücklichen Zukunft entgegenführt.

Die Autonomie Südtirols.

Wien, 19. April. In Deutsch-Südtirol hat die Erklärung des Ministerpräsidenten Ritti über eine „weitgehende Autonomie“ noch keineswegs beruhigt. Die „Wiener Zeitung“ schreibt, daß daraus nicht hervorgeht, daß eine örtliche Verwaltung Autonomie gemeint sei oder eine politische. Ritti hat in dem allgemein gehaltenen Communiqué über die Unterredung mit Renner selbst nur zum Ausdruck gebracht, daß Deutsch-Südtirol „weitgehende Autonomie“ erhalten soll. Darunter ver-

stand man, daß nicht etwa, wie es einige Trentiner Nationalisten fordern, eine gemeinsame Provinz Trient-Südtirol mit einem einzigen Landtag in Trient beabsichtigt sei, sondern ein autonomes Land Deutsch-Südtirol mit einem selbständigen Landtag in Bozen. Sollte man in Rom sich für die nationalitäre Forderung einer gemeinsamen Provinz Trient-Südtirol entscheiden, so würden zweifellos alle Deutschen, welche recht baldige Aufnahme fruchtbringender und freundschaftlicher Beziehungen mit Italien erhoffen, hierin keine großzügige Lösung erblicken.

Der Eisenbahnerstreik in Österreich.

Wien, 20. April. (W.B.) Die Streiklage auf den Eisenbahnen ist sehr verworren. Auf den Wiener Linien der Südbahn halten deutsch-nationale Arbeiter und Kommunisten, wie die Blätter melden, den Streik gegen den Einspruch der sozialdemokratischen Bahnarbeiter aufrecht. Der Verkehr auf der Westbahn ist durch die Fortdauer des Streiks auf den Stationen St. Pölten, Amstetten und Linz unterbrochen, doch werden hier Lebensmittel- und Kohlenzüge durchgelassen. Die Regierung verhandelte heute den ganzen Tag mit den Gruppen der Ausständigen bisher erfolglos.

Wien, 19. April. (W.B.) Der Staatssekretär zur Volksernährung, Uvencold-Ruß hob heute beim Staatskanzler Renner den großen Ernst der Ernährungslage hervor und erklärte, wenn der Verkehr nicht unverzüglich aufgenommen werde, daß er die Verantwortung für die Brot- und Nahrungsmittelversorgung Wiens und Österreichs nicht tragen könne.

Die Wahlen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 20. April. (W.B.) Nach dem „Pravda“ wird sich die Abgeordnetenkammer wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozialdemokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 32, magyarische Sozialdemokraten 10, tschechische Sozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien werden entfallen: Agrarier und Anhänger der Partei Šrobars in der Slowakei 41, Nationalisten 35, Gewerkschaften 4, deutsche Parteien 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate.

Der Generalsstreik in Italien.

Mailand, 20. April. (W.B.) Der „Corriere della Sera“ berichtet über einen neuerlichen Generalsstreik in Fiume, der einen ausgesprochen politischen Charakter habe. Es soll sich um eine Bewegung handeln, deren Ziel die Ausrufung einer Sowjetrepublik Fiume unter der Diktatur d'Annunzio ist.

Mailand, 20. April. (W.B.) Der „Corriere della Sera“ berichtet über den Generalsstreik in Turin, daß zahlreiche Angehörige bereits wieder zur Arbeit zurückgekehrt sind. Zwischenfälle kamen nicht vor. Dagegen wird aus Florenz gemeldet, daß die dortigen Eisenbahner die Abfahrt von Karabinierern nach Turin, wohin sie wegen des Generalsstreiks entandt wurden, mit Gewalt verhinderten. Auch in Genua verhinderten die Eisenbahner mit Gewalt die Verladung eines Infanterieregiments nach Turin.

Tätige Steuerzahler.

Amsterdam, 20. April. (W.B.) Laut „Telegraaf“ jagte Chamberlain in seiner Kammerrede, die Steuerzahler hätten ihre Pflicht so gut getan, daß die Staatseinnahmen 71 Millionen Pfund mehr betrügen als der Oktober-Boranschlag. Die Ausgaben seien um 145 Millionen Pfund höher als die des Boranschlags des vorigen Budgets, jedoch nur 63 Millionen Pfund höher als die Oktober-Schätzung.

Das Esperanto in russischen Schulen.

Genf, 20. April. (W.B.) Aus Moskau wird gemeldet: Die „Pravda“ schreibt, daß die Sowjetregierung die Einführung des Esperanto in allen öffentlichen Schulen angeordnet habe.

Japanisch-bolschewistische Kämpfe.

Tokio, 20. April. (W.B.) Ostlich vom Baital-See haben die Japaner einen Angriff der Bolschewisten und reichlichen Kämpfe zurückgeschlagen. Westlich Ussurijs schlugen die Japaner am 8. April gemeinsam mit Semenovs einen bolschewistischen Angriff aus der Richtung Irkutsk zurück.

7. Generalsynode der evangelischen Landeskirche.

VI.

Berlin, 19. April. Die 6. Sitzung wurde am 19. April um 4½ Uhr mit Gebet von Prof. Dr. Smend eröffnet, der dann den Antrag begründet, am 18. April nächsten

Jahres die 400-jährige Wiederkehr von Luthers Bekenntnis in Worms zu feiern. Auf Antrag des Ausschusses spricht die General-Synode den Wunsch aus, in den Fortbildungsschulen Raum zu schaffen für die Behandlung religiöser Fragen, wozu auch Geistliche herangezogen wären. In Verbindung damit bepricht Syn. Sup. Meinholt die Verwiderung der Jugend, die Synode dankt allen, die in der Jugendpflege gearbeitet haben und bittet alle christlich gesinnten Kreise, in dieser wichtigen Arbeit nicht zu erlahmen, sondern sie mit allen Mitteln zu fördern. Syn. v. Schmeling als Berichterstatter und Pf. Pajda-Diestau stellen die schwierige Lage der Pfarren dar, die für die Ausbildung ihrer Kinder unerschwingliche Aufgaben leisten müssen. Der Antrag der schlesischen Provinzial-Synode, baldigst ein Kirchen-gesetz zu schaffen, das Gehalt der Pfarrer und aller Kirchen-beamten auch nach ihren Familienverhältnissen zu bemessen, wird dem Oberkirchenrat als Material überwiesen. Da in der Öffentlichkeit, auch in den Parlamenten, über die Ansammlung hoher Kapitalien in den landeskirchlichen Hilfs-fonds oft Klagen erhoben worden sind, die zumeist auf ungenügender Kenntnis beruhen, wird auf Antrag der schlesischen Provinzialsynode nach Empfehlung durch Syn. Steinwender der Oberkirchenrat gebeten, daß über den jährlichen Stand der durch Umlagen gespeisten Fonds im kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt geeignete Mitteilungen gemacht werden.

Die Pfarrer des Kirchenkreises Schleusingen haben eine Eingabe gemacht, die Neubefestigung der Superintendentur nach rheinischem Vorbild nicht durch kirchenregimentliche Befestigung, sondern durch Wahl vollziehen zu lassen. Sup. Müller-Härtel würdigt die Gründe und wünscht, daß die Kreis-synode in Zukunft wenigstens sehr stark mitwirke, ehe die neue Verfassung vorliegt, sei aber der Wunsch undurchführbar.

Syn. Dr. Lohmeyer berichtet über eine Petition betr. Erlöschen des Kirchenpatronats; er würdigt die noch immer verbleibende Bedeutung des Patronats. Die Petition wird dem Oberkirchenrat als Material überwiesen. Schluß 6½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr.

Lokaler und vermischter Teil

Limburg den 22. April 1920.

Ueber die Kohlenlieferung findet sich im amtlichen Teil dieser Nummer eine wichtige Bekanntmachung.

Kapitalertragssteuer. Von der Kreis-Parlasse Limburg wird uns mitgeteilt, daß die Zinsen für die Darlehen aus der Kreisparlasse der Kapitalertragssteuer nicht unterliegen. Die Darlehensschuldner der Kreisparlasse haben also ihre Darlehenszinsen in voller Höhe wie bisher an die Kreisparlasse zu entrichten.

Rassauische Kriegsversicherung. Gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 14. 2. 20 über die Auslegung der Begriffe Friedensschluß und Kriegsende mußte, wie uns mitgeteilt wird, eine Verchiebung der Anmeldefrist eintreten. Die Interessenten verweisen wir auf die offizielle Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Zentralverband deutscher Kriegsbe-schädigter und Hinterbliebener. Die Landes-gruppe Hessen-Rassau des Verbandes hielt am vergangenen Sonntag in Kassel eine Vorstandssitzung ab. Der von dem Verbandsvorstand erstattete Bericht ergab, daß der Landesverband Hessen-Rassau einen erfreulichen Aufschwung verzeichnen kann. Am 1. Januar d. Js. gehörten dem Landesverband 127 Ortsgruppen mit 9871 Mitgliedern an, einer Zahl welche zurzeit wieder weit überholt ist. Neu beigetreten ist auch der Kreisverband Oberweserwald. Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes im gesamten ist seit September vorigen Jahres auf rund 130 000 gestiegen. Von einzelnen Vorstandsmitgliedern wurde darüber klage geführt, daß einzelne Bürosstellen den Wünschen und berechtigten Forderungen der Verbandsmitglieder nicht nur sehr schwer zugänglich seien, sondern eine anregende und praktische Mitarbeit durch die Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisationen den Bestimmungen zuwider ablehnen. Hier soll durch den Landesverband bei den zuständigen höheren Verwaltungs-ämtern mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden. Der Vorstand wurde provisorisch ergänzt. Eine mehrstündige Besprechung erforderte das zurzeit der Nationalversammlung vorliegende „Gesetz“ über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung. Es ist hier nicht der Platz, die Einzelheiten aufzuführen, es soll nur gesagt werden, daß das Gesetz, wenn es in seiner jetzigen Fassung zur Annahme kommen sollte, einen Sturm der Entrüstung bei den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auslösen wird. Der „Zentralverband“ hat gegen den Ent-

wurf und besonders auch die beabsichtigte schnelle Beendigung des Gesetzes aufs schärfste protestiert und als seine Stellungnahme durch Einbringen einer ganzen Reihe von Verbesserungsvorschlägen bei den Beratungen zum Ausdruck gegeben. Ramezad Meuth berichtete noch über die im deutschen Kriegerverein und dem Zentralverband stehenden Verhandlungen über ein eventuelles Zusammengehen beider Verbände und gab bekannt, daß eine endgültige Lösung dieser Frage nur nach Stellungnahme aller Kreis- und Landesgruppen durch den allgemeinen Verbandstag gelöst werden könnte. Alle bis jetzt in dieser Hinsicht schon aufgemachten Kombinationen seien verfrüht. In der nächsten Abendstunde erst könnte der Vorsitzende die sehr anregende verlassene Sitzung schließen.

7. Bezirk (Kreis Limburg) des Nassauischen Feuerwehroverbandes. Eine Vorstandssitzung des genannten Feuerwehbezirks wird am kommenden Sonntag den 24. April 1920, hier selbst in der Wirtschaft „Rosenfeld“ abgehalten. Bei der Wichtigkeit der feuerwehrmässigen Zusammenarbeit wäre ein Erscheinen nicht nur der Ortsmitglieder, sondern auch der Kommandanten der angeschlossenen Feuerwehren dringend zu wünschen.

Die fahrenden Hoffnungen — auf eine bessere Zukunft. Der Verband der deutschen Schuhmacher gibt bekannt: In letzter Zeit sind häufig Gerüchte durch Tageszeitungen gegangen, die ein Stillwerden der Schuhindustrie mit dem Sinken der Preise auf den Weltmärkten und dem Steigen des Marktwertes begründeten. Diese Gerüchte sind gänzlich falsch, solche Hoffnungen zu wecken, ist die Lage so, daß eine Rohhaut etwa dreiviertel so viel kostet wie früher, und länger braucht, ehe sie als Leder zu Schuhen verarbeitet werden kann. Wenn seiner Rohhaut wirklich um 75% weniger werden sollten, als sie bisher sind, so wird diese Preisermäßigung durch die ständig steigenden Löhne und Gehälter, die sich der allgemeinen Teuerung anpassen müssen, wieder mehr als ausgeglichen. Dazu kommt, daß heute noch gar nicht zu sehen ist, daß die neuen Preise für Futterstoffe, Garn, Seiden, Schnürränder und sonstigen Futuraten erheblich niedriger wären. Aus allen diesen Gründen ist an ein Stillwerden des Schuhwerkes in diesem Jahre leider gar nicht zu denken.

Burgschwalbach, 20. April. Unser rühriger Verein wird am kommenden Sonntag, den 25. April, um 3 und abends um 8 Uhr im Saale der Burg Schwalbach sein diesjähriges Konzert mit Theater und Ball abhalten. Es gelangt unter anderem zur Aufführung: das alte Schauspiel „Marianne oder ein Weib aus dem Volke“. Es ist zu wünschen, daß dem Verein ein voller Erfolg beschieden ist.

Frankfurt, 20. April. Zu Beginn der heutigen Stadtverordnetenversammlung gab der Stadtverordnetenvorstand aus Anlaß der Beilegung der Stadt einen Überblick über den Stand der Stadtverwaltung, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion stehend, ab. Der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion, Stadtverordneter Plewa, gab eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der er gegen die Beilegung der Ruhegebiets durch die Reichswehr protestierte und erklärte, daß seine Partei alles daran setzen werde, die politische Betätigung des Volkes ohne Willkür durchzuführen.

Breslau, 20. April. Aus dem Zuchthaus in Stralsund, der schlesischen Zeitung zufolge, 19 Schwerverurteilten, darunter zwei, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt sind. Die Flüchtlinge waren nur notdürftig bekleidet. Es handelt sich um Verbrecher, die kürzlich aus dem Kurland nach Stralsund übergeführt wurden. Aus dem Landeshaushalt Gefängnis ist ein Straf- und Untersuchungsgefängnis entnommen. Sie hatten den Gefängniswärter überfallen und gefesselt und sich dann in Schloßberg bemächtigt.

Amtlicher Teil

(Nr. 91 vom 22. April 1920.)

Bei Erlaß der Polizeiverordnung vom 20. März 1920 (N. L. Bl. S. 80) betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Bierdruckvorrichtungen, war bezüglich der Schließung für die laufenden Untersuchungen und die Abnahme

Sie zupfte ihn an dem braunen Spitzbart, von dem Wasser tropfte, und lachte häßlich.

„Und bist du's noch?“

„Ne — wie Tante Mumm sagt — nicht mehr. Ich bin bloß, wenn eins so unverschämte Talent hat wie du, nicht!“

Serena schloß ihm den Mund mit einem Kuß. Hauptallee war ja so göttlich menschenleer.

„Tante Mumm!“ rief sie dann, immer mit dem roten Jubel, der nicht aus ihrer Stimme wich. „Du wie die sich streuen wird! Was meinst du? Schreie ich gleich heute?“

„Halt bewahre! Die überfahren wir persönlich! Wird ein Heidenpaß werden.“

„Du willst nach Schloßstadt?“

„Natürlich! Wir müssen doch der verehrlichen Demos-tration zeigen, wie wir's so herrlich weit gebracht!“

Er fühlte, wie Serenas Arm leise erbehte und sich ungeduldig um.

„Du fährst — Viehste — wir müssen nach Hause — doch — ah, gottlob, dort rumpelt ein Wagen heran, nach-träblichen Trotts des Gauls zu schließen, ist er leert.“

Sie traten auf den Fahrdamm und Richard winkte den Wagen. Er war wirklich leer, und sie stiegen ein.

„Wohin fahren wir eigentlich?“ fragte Richard in mißlicher Ratlosigkeit. „Ein Taxim haben wir ja nicht.“

„Zu mir natürlich.“

Serena nannte dem Kutscher die Adresse.

„Du — und da sollen wir nun so getrennt sein! Du in Währung, ich in der Stadt? Wo ich dich 15 Minuten neben mir haben möchte! Das paßt mir gar nicht.“

„Nein.“

„Hast du noch länger mit deinen Freuden zu ver-brauchen?“

„Ach Gott — immerhin einige Wochen noch.“

„Du brauchst ja nicht dort zu wohnen. Wie wär's, wenn uns eine kleine, möblierte Wohnung nähmen?“

„Tann überfiedeln wir nach München, wo ich ein ge-liebtes Atelier habe — reichlich groß genug für uns beide.“

(Fortsetzung folgt)

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

41)

(Nachdruck verboten.)

„O, du — du, — ich danke dir!“ Ich will ja gar nichts! Nichts will ich, als dich lieben dürfen und von dir geliebt werden! Ich habe ich einen andern geliebt außer dir, nie hat ich auch nur im Traum daran gedacht, einen andern zu heiraten. Meine Freiheit? Nein Richard — binden sollst du mich an dich, so fest, so fest, daß wir in Ewigkeit nicht mehr aus einander können!“

Er riß sie vom Boden auf wie eine Puppe, hielt ihre beiden Schultern gefaßt, und starrte ihr mit verzehrender Angst in das Gesicht.

„Tausch' mich nicht — du!“ rief er heiser heraus. „Ich bin nicht mehr der Richard von Schloßstadt — in mir ist was Wildes, Unbändiges frei geworden. Ein anderer bin ich heute, auch in der Liebe zu dir! Ich dräng' keine Hausknechtin, aber ein Weib will ich in dir, eine Genossin, die mit mir lacht und leidet und den Flug in die Unendlichkeit wagt. Solltest du mich auch beide die Flügel brechen dabei! Mein sollst du sein bis zum letzten Atemzug, mir blind ergeben und doch meine Herrin. Ein schrankenloses Aufgehen in einander — kein Gedanke an dir, den ich nicht fenne — ein König durch dich und du meine Königin! Keine blasse Alltagsliebe, die schüchtern auf der Erde hinfällt und sich mit Vögeln begnügt: ein reißender Strom, der unser Leben schäumend bis zum Rande füllt und alles niederzwingt, was ihm im Wege steht. Das ist meine Liebe für dich heute. Und wenn dich das schreckt — tausche' mich nicht. Wed' keine Hoffnungen in mir, die du nicht halten willst — wir mühtens beide hühen!“

Eine wunderbare Hingebung strahlte aus Serenas Augen. Schüchtern legte sie die Arme zum zweitenmal um seinen Hals und sagte leise, mit unendlicher Innigkeit:

„Nein — ich tausche' dich nicht, du über alles Geliebter. So will ich dein Weib sein und selig, wie keines je vor mir war!“

„Serena!“

Der Atem verging ihr unter seinen Rüssen. Die Welt verlor sie in einem Meer stummer Glückseligkeit.

Ringum beugten sich die Bäume ächzend unter der Hand des Sturmwindes, der sie gefaßt hatte und trachtend schüttelte. Dunkel senkte sich nieder aus den schwarzgrauen Wolken, die fahle Blitze ausstießen. In das Grollen des Donners mengte sich das klaffende Geräusch großer, fallender Tropfen.

Die beiden, die sich unter dem Ahornbaum umschlungen hatten, merkten nichts davon. Ihnen erlöst jeder Lärm in einer feierlichen, großen Stille, die ihre Seelen erfüllte.

Als Richard endlich bestürzt über Serenas durchnäßtes Haar strich und erwiderte sagte:

„Es regnet, Viehste — sieh nur — wie mit Kannen schüttert es auf uns herab!“

Sie lachte übermütig.

„So taufst die Natur unsere junggebohrne Liebe!“

Er zog ihren Arm unter den seinen und schlang seinen Ueberzieher, den er ausgezogen hatte, um Serenas Schultern.

„Nein, nein, komm rasch, Herz, dich will unter Dach kommen! Du bist ja so leicht angefeuchtet — wenn du mir frant würdest!“

„Wie ängstlich du bist! Wie kann man frant werden, wenn man so übermenschlich glücklich ist? Es gibt gar kein schöneres Wetter als in dieser Stunde.“

Aber sie ließ sich doch willig fortführen und erzählte ihm unterwegs alles, was sie erlebt hatte seit der Trennung von Schloßstadt.

Endlich hatten sie die Hauptallee glücklich erreicht. Sie waren nach bis auf die Haut und spähten nach einem Wagen aus, denn in die Strahlenbahn wollten sie beide nicht steigen.

„So trübselig wie Meermänner“, wie Serena lachend sagt.

„Weißt du auch, Kleines, daß du furchtbar leichtsinnig warst eben jetzt, dich mir so bedingungslos zu ergeben?“

sagte Richard zärtlich redend. Nicht mal an deine Kunst hast du gedacht!“

Serena lachte,

„Hast du auch nicht. Bloß an dich.“

„Und wenn ich nun sage: Ich mach keine Konkurrentin? Du weicht, ich war sehr gegen die weibliche Pönselung.“

...durch meine Rundverfügung vom 20. März 1909
Pr. I. 15. A. 1700 — bestimmt worden, daß diese wie
bis dahin, also nach Abschnitt III der Ausführungsverordnung
vom 22. Januar 1903 (R. V. Bl. S. 51) zu der bis 1.
April 1909 gültigen Polizeiverordnung vom 2. Juli
1900, betreffend Jagd- und Tierschutzbestimmungen beim gewerb-
lichen Bierausverkauf erhoben werden sollten. Eine An-
derung ist darin seitdem nicht eingetreten.

Infolge der mehrfachen Anträge auf Erhöhung der
Gebühren, erkläre ich mich mit Rücksicht auf die herrschende
Teuerung damit einverstanden, daß zu den in Abschnitt III
der erwähnten Ausführungsverordnung vom 22. Januar 1903
festgesetzten Gebühren, einschließl. der Reiselosten, ein Teue-
rungszuschlag von 100 Prozent erhoben wird.

Ein gleich hoher Zuschlag kann zu den Gebühren für die
einmalige Prüfung von Kohlenfauregasenbehältern (Ge-
setzgebungs- und Polizeiverordnung vom 20. März 1909
R. V. Bl. S. 87 — erhoben werden.

Wiesbaden, den 3. März 1920.
Der Regierungspräsident
Pr. I. 15. A. 359 II.
An die Herren Landräte des besetzten Gebiets und den
Herrn Polizeidirektor hier.

Abdruck teile ich den Ortspolizeibehörden des Kreises
und des Kreisamtes zur Kenntnis und Verhändigung
der Interessenten mit. Der Herr Regierungspräsident, Hr.
Kassier in Rassel, hat die Gültigkeit vorstehender Verfü-
gung an den unbedingten Teil des Regierungsbezirks Wies-
baden ausgedehnt.
Limburg, den 10. April 1920.

1141 **Der Landrat.**

An die Herren Bürgermeister des Kreises
und der neutralen Gemeinden

Unter Aufhebung des in meiner Ueberschuldungsverfügung
vom 18. Februar 1919, R. V. 2963, angegebenen Vor-
schlagsbetrags (5 eines jeden Monats) bestimme ich hiermit,
daß mit der monatlichen Nachweisung der Ausgaben auf
Grund der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der
Folge monatlich bis spätestens zum 2. für den rückliegenden
Monat einzureichen sind.

Die Nachweisungen sind mit folgender Bescheinigung zu
versehen:

„Es wird hiermit amtlich bescheinigt, daß die Beiträge
unter Zuneigung der durch die Verordnungen gegebenen Be-
stimmungen gezahlt, und daß insbesondere die nach der Reichs-
verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung vom
15. Januar 1920 zulässigen Höchstbeträge nicht überschritten wor-
den sind.“

Ort, Datum, Unterschrift, Siegel.
Ich erlaube, den Vorlagetermin genau einzuhalten, damit
ich den mir von dem Herrn Regierungs-Präsidenten festge-
setzten Termin auch einhalten kann.
Limburg, den 20. April 1920.
R. V. 1147.

Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Bekanntmachung.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung gibt unter
dem 30. März 1920 folgendes bekannt:

Am 1. Mai 1920 beginnt ein neues Hausbrandwirt-
schaftsjahr. Ob es eine Besserung bringen wird, läßt sich
unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch nicht voraus-
sagen. Die Aussichten hierfür sind sehr gering.

Im laufenden Hausbrandwirtschaftsjahr habe ich zu mei-
nem Bedauern nur acht Bezugsscheine ausgeben können.
Ein großer Teil der ausgegebenen Bezugsscheine wird zu-
dem leider bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres nicht mehr
beliefert werden können und zum 1. Mai 1920 für kraftlos
erklärt werden müssen.

Ich bringe dies hiermit zur Kenntnis der Herren Bür-
germeister und der Kohlenhändler. Im Interesse der Ver-
sorgung der kreiseingewohnten Bevölkerung mit Kohlen er-
laube ich, die Kohlenhändler zu veranlassen, sofort wegen
der Lieferung der noch unerledigten Bezugsscheine mit den
Lieferanten in Verbindung zu treten. Ich habe von hier
aus einen Antrag auf Belieferung der noch nicht belieferten
Bezugsscheine direkt bei dem Herrn Reichskommissar gestellt.
Limburg, den 16. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Den Herren Bürgermeistern

von Alsbach, Dorsheim, Dornberg, Erbach, Hintermei-
lingen, Keesbach, Niederhadamar, Niederzeugheim, Ober-
felders, Offheim, Schwidershausen, Staffel, Steinbach, und
Wersbach, welche noch mit der Erledigung meiner Verfügung
vom 4. März 1920, Kreisblatt Nr. 64, betreffend Ver-
tragsscheine, im Rückstande sind, werden an Einleitung bis
spätestens 23. April 1920 erinnert.

Kreisamtsamt des Kreises Limburg.

Verordnung

über Heraushebung des Grundlohnes und Ausdehnung der
Versicherungspflicht in der Krankenversicherung.

Vom 1. April 1920.

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form
der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft
vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 394) wird von
der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und
des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses
folgendes verordnet:

1. Heraushebung des Grundlohnes.

§ 1. Der § 130 der Reichsversicherungsordnung er-
hält folgende Fassung:

Die baren Leistungen der Kassen werden nach einem
Grundlohn bemessen. Als solchen bestimmt die Satzung
entweder den durchschnittlichen Tagesentgelt der Mitglieder
oder den wöchentlichen Arbeitsverdienst der einzelnen Versiche-
ten. Den durchschnittlichen Tagesentgelt kann sie nach den
einigen Klassen von Versicherten, für welche die Kasse
errichtet ist oder stufenweise nach der verschiedenen Lohn-
höhe der Versicherten festsetzen.

Die Festsetzung nach dem durchschnittlichen Tagesentgelte
bedarf der Zustimmung des Oberversicherungsamts. (Beschluss-
sammt).

Für freiwillig Beitretende, für die sich hiernach kein
Grundlohn ermitteln läßt, bestimmt ihn die Satzung.

§ 2. Soweit nach den Vorschriften der Reichsver-
sicherungsordnung Erhöhungen für Krankenpflege, Kran-
kenauspflanzung oder Unterhalt in einer Anstalt nach dem
Grundlohn zu bemessen sind, kann der Reichsarbeitsminister
im Falle eines Bedarfs des Grundlohnes allgemein bis auf 10
Mark betragen.

§ 3. Ueber die Satzungsänderungen auf Grund des
§ 1 haben die Organe der Kassen innerhalb vier Monaten
nach Inkrafttreten dieser Verordnung zu beschließen. Bis

zur Genehmigung der Satzungsänderung durch das Ober-
versicherungsamt steht der Kassenvorstand die nach § 1 er-
forderlichen oder zulässigen Änderungen des Grundlohns
vorläufig fest.

§ 4. Für Beschäftigte, die zur Mitgliedschaft bei einer
Orts-, Land- oder Innungs-Krankenkasse oder bei einer knap-
pschaftlichen Krankenkasse verpflichtet sind und für die nach den
Vorschriften dieser Verordnung ein höherer Grundlohn in
Betracht kommt als der bisherige höchste Grundlohn ihrer
Kasse, haben die Arbeitgeber der Kasse binnen vier Wochen
nach dem Inkrafttreten dieser Vorschriften die zur Berechnung
der Beiträge erforderlichen Angaben zu machen.

Zu widerhandlungen werden gleich Zwiderhandlungen
gegen § 318 der Reichsversicherungsordnung bestraft.

II. Ausdehnung der Versicherungspflicht.

§ 5. Am § 1 der Verordnung über Ausdehnung
der Versicherungspflicht und Versicherungsberichtigung in der
Krankenversicherung vom 22. November 1918 (Reichs-Gesetzbl.
S. 1321) wird das Wort „fünftausend“ durch das Wort
„zwanzigtausend“ ersetzt.

§ 6. Wer in der Zeit seit dem 2. Dezember 1918
wegen Ueberschreitens der Einkommensgrenze von fünftausend
Mark aus seiner Krankenkasse oder knappschaftlichen Kranken-
kasse ausgeschieden ist, kann bei dieser Kasse binnen sechs
Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Vorschriften die
Wiederaufnahme als Mitglied gemäß § 313 der Reichsver-
sicherungsordnung beantragen, sofern er beim Ausscheiden
zur Weiterversicherung berechtigt war, und nicht jetzt nach
§ 5 versicherungspflichtig ist.

Die Kasse kann den Berechtigten, wenn er sich zum
Beitritt meldet, ärztlich untersuchen lassen. Eine Erkrankung
die beim Wiedereintritt bereits besteht, begründet für die
Kasse keinen Anspruch auf Kassenleistung.

§ 7. Sind seit dem 2. Dezember 1918 Personen der
im § 1 der Verordnung vom 22. November 1918 (Reichs-
Gesetzbl. S. 1321) bezeichneten Art trotz Ueberschreitens der Ein-
kommensgrenze von fünftausend Mark von ihrer Kranken-
kasse oder knappschaftlichen Krankenkasse weiter wie versiche-
rungspflichtige Mitglieder behandelt worden, so kann diese
Mitgliedschaft nachträglich nicht mehr angefochten werden.
Dies gilt auch für solche Fälle, in denen beim Inkrafttreten
dieser Vorschriften ein Streitverfahren schwebt.

§ 8. Die Frist zur Meldung derjenigen Beschäftigten,
welche durch die Vorschrift des § 5 der Versicherungspflicht
neu unterstellt werden, wird bis zum achten Tage nach dem
Inkrafttreten dieser Vorschriften erstreckt, soweit sie nicht nach
§ 317 der Reichsversicherungsordnung darüber hinausläuft.
Die Meldung kann wirksam schon vor dem Inkrafttreten
dieser Vorschriften geschehen.

III. Schlussvorschriften.

§ 9. Die Vorschriften der §§ 1 bis 4 treten mit dem
Tage der Verkündung in Kraft. Mit dem gleichen Tage
tritt § 1 der Bekanntmachung, betreffend Krankenversicherung
und Wochenhilfe während des Krieges, vom 22. November
1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1085) außer Kraft.

§ 10. Die Vorschriften der §§ 5 bis 8 treten mit
dem 26. April 1920 in Kraft.

Berlin, den 1. April 1920.

Die Reichsregierung.

Müller.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 17. April 1920.

Das Versicherungsamt.

Schablonen

moderne Zeichnungen,

für Maler u. Anstreicher.

Ia. Deckenbürsten

Ia. Weisspinsel

Ia. Oelbleiweiss, rein

Ia. Oelweiss für Innen und Außen

Ia. Lithoponweiss

Ia. Emaillelack weiss

Ia. Möbellacke

Ia. Terpentin, Siccativ

sowie 19/91

sämtl. Farbwaren und Pinsel

empfehl das Farbengeschäft

J. Arnet Nachf.

(Inh. Max Büdel.)

Limburg (Lahn) Telefon 211.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

Kofosbeien, Kofosmatten, Kof-

haarbeien, Handieger,

Ia. Schenertücher, Fensterleder,

Raffiabast billigst

en gros J. Schupp, Seilerei. en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Fernruf 277. —

Kaufmannschaften und Anzeigen der Stadt Limburg.

Kohlen-Versorgung. 6/91

Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß mit Ende
dieses Monats — dem Schluß des Hausbrandwirtschafts-
jahres — die dann noch nicht belieferten Reichshausbrandbe-
zugsscheine seitens des Reichskohlenkommissars für kraftlos
erklärt werden. Infolgedessen verlieren auch die von der
Stadt ausgegebenen Kohlenkarten nach dem 30. April
ihre Gültigkeit, ebenso werden noch rückständige Lieferungen
auf Listen für Dauerbrand ab dem 1. Mai nicht mehr ausgeführt.
Limburg, den 20. April 1920.

Die Ortskohlenstelle.

Gemüse-Verkauf.

Am Freitag, den 23. April 1920 nachm. von 2—4 Uhr
findet in der Gemüseverkaufsstelle: im Hospitalhof Verkauf
von Mangold, Schnittlauchbällen und Petersilien
statt.

Selbstiges Lebensmittelamt.

Lebensmittelverteilung.

Auf Abschnitt Nr. 197 der Lebensmittelkarte kommen
je 125 gr. Ackerbohnen, bunte Bohnen und grüne
Erbsen verbandlich zum Einheitspreise von Mk. 2.80
der Pfund zur Verteilung. Die Geschäfte erhalten von
jeder Sorte die gleiche Menge, und sind verpflichtet, nur
an solche Kunden abzugeben, welche alle Sorten abnehmen.

Abgabe der Abschnitte bis Samstag. Ablieferung
durch die Gewerbetreibenden bis Montag mittag. Ausgabe
der Waren am Dienstag.

Zuckerabgabe.

Auf Nr. 5 der Zuckerkarte kommen für den Monat
April 625 gr. Zucker zum Preise von Mk. 1.35 für das
Pfund gemahlener Zucker zur Verteilung.

Abgabe der Abschnitte in den Geschäften bis Freitag.
Ablieferung durch die Geschäfte bis Samstag mittag auf
dem Rathaus, Zimmer Nr. 4.

Selbstiges Lebensmittelamt.

Freiwillige Hausversteigerung.

Samstag den 24. April 1920,
nachmittags 4 Uhr

versteigere ich im Rathaus zu Sahnstätten im Auftrage
der Erben der Eheleute Seminarlehrer a. D. Philipp Wilhelm
Zimmermann von Sahnstätten deren dortselbst Nr. 87
belegene Hofstätte, bestehend in Wohnhaus mit Haus-
garten, Scheune, Stall, Remise meistbietend.

Die Versteigerungsbedingungen teile ich auf Wunsch mit.

Limburg (Lahn), den 14. April 1920.

Der Notar:

Dill, Justizrat.

Mieterschuhverein Limburg (Lahn)

Einladung zur

Jahresversammlung

am Freitag den 23. April 1920, abends 8 Uhr
im H. Saale der Turnhalle.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Rechnungsablage.
3. Renouveau des Vorstandes.
4. Vortrag des 2. Vort. Herrn Gerichtsrat Müller:
„Die gesetzliche Höchstgrenze bei Mietzins-
erhöhungen und deren praktische Anwendung“.
5. Beschlüsse.

Am vollständigen und pünktlichen Erscheinen wird dringend
gebeten.

Der Vorstand.

Freihela. Schellische

„Kablau“

„Seelachs“

H. Kiel. Kofosbäcklinge

jede Woche Donnerstags und

Freitags eintrifft, Ausgabe

direkt vom Seeplatz, zum bil-

ligsten Tagespreis empfiehlt

Adolf Stein.

Limburg, Salzgaße 3.

19/91 Telefon 347.

Junges Mädchen

nach Wiesbaden in einen Haus-
halt von 4 Erwachsenen ge-
sucht. Monatslohn 60 Mk.

Meldungen zunächst schriftlich
an **Frl. Stoll, Reallehrerin,**

Stoll i. Taunus. 2/91

Braves, fleißiges, zuverl.

Mädchen

bei gutem Lohn in H. Haus-
halt gesucht.

Gegenüber zur vollständigen
Erkennung der bürgerl. Küche.
Eintritt 1. Mai.

Frau Hans Jöhl.

Lorch a. Rhein.

3/91

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe

in allen Angelegenheiten:

Wirtschaftsprüfung

Rechtsberatung

Technische Beratung

Steuern

Rechtsfragen

Technische Rat

Forderungen

Buchführung

durch die Geschäftsstelle

des Kreisverbandes

in Limburg a. Lahn

in Limburg a. Lahn

Postfach 202

Eine frischmehlende

Schweizerziege

zu verkaufen.

19/91

Löhrgasse 1.

Für Kriegs-erschädigten

gebrauchtes

Spenglerhandwerkszeug

zu kaufen gesucht.

Angebote an die Kriegsbe-

schädigten-Fürsorgekasse Lim-

burg (Walderdorferhof) er-

beten.

NASSAUISCHE KRIEGSVERSICHERUNG.

Bekanntmachung.

Gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 14. 2. 1920 (verf. 17. 2. 20) über die Auslegung der Begriffe Friedensschluß und Kriegsende im Sinne rechtsgeschäftlicher Erklärungen wird die Kündigungsfrist für Kriegsversicherungen letztmals bis zum

31. Mai 1920

verlängert. Ansprüche, die nach diesem Zeitpunkt eingehen, werden bei der Abrechnung nicht mehr berücksichtigt.

Als Kriegsversicherungen werden alle Versicherungen angesehen, die unter den versicherten Kriegsteilnehmern infolge einer im Kriege erlittenen Verletzung oder Erkrankung bis

spätestens 17. Mai 1920

eingetreten sind.

Die fällige Leistung der Kasse kann nunmehr erst im Laufe des Monats Juni 1920 den Empfangsberechtigten überhandt werden.

Wiesbaden,
den 20. April 1920.

Direktion der Nassauischen Landesbank
Abtlg. Kriegsversicherung.

Herrenartikel für Frühjahr u. Sommer.

Bestsortiertes Lager in **Filzhüten** in allen Preislagen.

Mützen für Herren, Knaben und Kinder von 6,50 Mk. an.
Riesenlager in allen Farben und Preislagen.

Regenschirme, noch ein kleiner Restbestand außerordentlich billig.

Stöcke in allen Preislagen.

8/91

Cravatten, Selbstbinder und fertiggebundene in den modernsten Farben zu sehr mäßigen Preisen.

Kragen, Stärkekragen, weiße Sportkragen, Schillerkragen in weiß und bunt.

Vorhemden, Manschetten in weiß und farbig.

Handschuhe in Leder und gewebt.

Beachten Sie meine Schaufenster.

Heinr. Josef Wagner, Limburg a. d. L.

Bahnhofstr. 21.

Fernsprecher 132.

Ihre in Limburg a. d. Lahn vollzogene

Vermählung

zeigen ergebenst an

**Otto Homburg
Clara Homburg**

16/91

geb. Weissbrodt

Friedland
i. Mecklenburg

Limburg (Lahn)
Parkstr. 22.

Für die wohlthuende Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

August Linz

sagen wir allen, besonders auch Herrnarrer Grün für die Grabrede

herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kassel, Neu Alm, Dörnberg, Berlin, den
5/91 20. April 1920.

Gustav Adolf-Verein

Bei den Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinde Limburg wird in den nächsten Tagen die **Gausammlung** für den Gustav Adolf Verein durch Mitglieder des evangelischen Kirchenvorstandes erhoben werden.

7/90

Postkarten

werden sauber angefertigt in der
Druckerei des Kreisbattes.

Schirme, Spazierstöcke

größte Auswahl
billigste Preise.

Erste Limb. Schirmfabrik
mit elektr. Betrieb

Jean Kaiser Nachf.
Limburg (Lahn)

Hospitalstraße Nr. 9.
Reparieren u. Ueberziehen.

Ein guterhaltener
Küchenherd
und ein guterhaltener
Ofen

zu verkaufen. 15/91
Freiendieg, Gartenstr. 5.

**Ia. Cocosbesen,
Schrubber,
Abseifbürsten,
Waschbürsten,
Putztücher,**

sowie alle

Putzartikel

empfiehlt

20/91

J. Arnet Nachf.

Inh.: Max Büdel

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Acker zu verpachten,

auf 60 Acker, Gemarkung **Mensfelden**, zwischen Flachter
Bfad u. Salomons Bfad am Mensfelder Kopf.

Angebote unter O. W. 1/91 an den Verlag des „Lim-
burger Anzeigers“.

Strohhüte

in grösster Auswahl für Herren, Knaben und
Kinder sind eingetroffen.

Reichhaltiges Lager in allen Geflechtarten,
wie echt Panama, gebl. Panama, Palm, Manila,
Pedal, China, Rustik u. s. w. zu mässigen
Preisen.

9/91

Heinrich Josef Wagner

Limburg (Lahn)

Bahnhofstr. 21.

Schwarz — Rot — Gold

und alle anderen **Farben, Lacke und Bronzen**
sowie sämtliche einschlägigen **Bedarfsartikel** in
grossen und kleinen Mengen.

**Peter Josef
Hammerichlag**

Limburg (Lahn)

Fernruf 60.



**Drogen, Farben,
Materialwaren,
Spirituosen.**

Gegründet 1845.

In Ihren Schränken, Mansarden und Speichern

liegt noch so mancher alter Hut von bestem Friedens-
material, der neu hergerichtet und umgepreßt oder
umgefärbt zum

modernen, eleganten Hut

wird.

Viele Tausende

zufriedene Kunden beweisen meine Leistungsfähigkeit
auch auf diesem Geschäftsgebiet.

Schnellste Lieferzeit.

Mässige Preise.

Jeder Hut wird hydraulisch gepreßt.

Heinr. Josef Wagner

Limburg (Lahn)

Bahnhofstrasse 21.

10/91

Fernsprecher 132.

Zeitungsträgerinnen

gegen gute Bezahlung gesucht.

„Limburger Anzeiger“

Prüfungsstr. 11.

Lebensstellung.

100 M. täglich und mehr.

Angeb. u. St. 4/91 an die Geschäftsstelle
d. Ztg